



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/10 - 13.1.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zu Nuschkes letzter Rede	S. 1
Rechtsentwicklung der MRP (Bericht aus Paris)	S. 3
Ein Ollenhauer-Artikel in der "Borba"	S. 5
Heimkehrer und Ministerversprechen	S. 8

Die Furcht vor den 18 Millionen

Th. Das Pankower Regime versucht auf seine Weise, einen Beitrag zur Viermächte-Konferenz zu leisten. Nachdem alle Versuche, "die Patrioten in Ost und West" zu mobilisieren am sowjetischen Njet gescheitert sind und auch der letzte Vorschlag von Ulbricht, während der Viermächte-Konferenz eine sogenannte "Gesamtdeutsche Konferenz" in Ostberlin zu arrangieren, ebenfalls von den Russen abgelehnt wurde, ist man jetzt wieder dazu übergegangen, auf Pressekonferenzen "Enthüllungen" über die angebliche Spionage- und Sabotagetätigkeit in der Sowjetzone zu machen. Man könnte über diese Propagandaveranstaltungen, die unter anderem als Hilfe für die Sowjetrussen bei den gegenwärtigen Berliner Verhandlungen über das Tagungsgebäude, Banmelle und Sicherheitsfragen gedacht sind, zur Tagesordnung übergehen. Auf der Pressekonferenz von Nuschke ist jedoch ein Komplex berührt worden, der allgemeine Beachtung verdient.

Seit dem 17. Juni 1953 gibt es für die Herren von Pankow das Schreckgespenst der Angst vor dem Zorn des Volkes. Der Juni-aufstand offenbarte den völligen Bankrott dieses verhaßten Regimes und nichts befürchten diese Herren mehr, als neue Aufstandsaktionen, falls die Verzweiflung in der Sowjetzone einen

neuen Höhepunkt erreicht. Wenn Muschke jetzt erklärt, daß gegenwärtig eine neue "provokatorische Aktion gegen die DDR vorbereitet" wird, und in der üblichen Manier davon faselt, daß "nach uns vorliegenden zuverlässigen Angaben eine solche Aktion für den Anfang des Jahres 1954" vorbereitet wird, dann verbirgt sich hinter diesen "Enthüllungen" die Furcht vor dem, was kommen könnte, falls die Verzweiflung unter den Menschen in der Sowjetzone weiter wächst und in neuen Ausbrüchen und Aufstandsversuchen sich umsetzt.

In diesen Angstvorstellungen der Pankower Machthaber offenbart sich jedoch die völlige Instinktlosigkeit und mangelnde Verbindung mit den Menschen in der Sowjetzone. Wie ist heute die Stimmung in der Zone? Man verfolgt mit einem leidenschaftlichen Interesse aufmerksam alles, was sich auf die kommende Viermächte-Konferenz bezieht, die - so hoffen es die 18 Millionen in der Zone - näher zur Einheit Deutschlands in Freiheit bringen soll. Und solange die Konferenz tagt, ist nicht damit zu rechnen, daß irgendwelche Kundgebungen oder Demonstrationen gegen das Regime erfolgen. Haben die Machthaber in Pankow bereits Furcht vor dem, was in der Zone passieren wird, falls die Konferenz nicht den Verlauf nimmt, den die Menschen erhoffen? Die Pressekonferenz des Herrn Muschke zeugt von der permanenten Angstpsychose, in der sich diese Marionetten offenbar befinden.

Und noch eines muß erwähnt werden: Wie bei solchen Gelegenheiten üblich, wurde von Herrn Muschke auch das Ostbüro der SPD mit genannt, das angeblich ebenfalls an der imaginären "Konferenz" teilgenommen hat und sich als "Spionage- und Terrororganisation" in der Sowjetzone betätigt. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß das Ostbüro sich selbstverständlich weder mit Spionage noch mit Sabotage in der Sowjetzone befaßt. Das Ostbüro ist vielmehr das politische Kampfinstrument der Sozialdemokratischen Partei in der Sowjetzone und hilft den Menschen der Zone solidarisch in ihrem politischen Kampf gegen das verhaßte Regime. Es unterrichtet die Menschen und unterstützt sie getreu den von Dr. Kurt Schumacher vor Jahren aufgestellten Grundsatz, "alles zu tun, um unseren Brüdern und Schwestern in der Sowjetzone zu helfen".

Das Ostbüro bleibt solange in der Sowjetzone wirksam, bis die Einheit in Freiheit erkämpft worden ist.

Krise bei den französischen Christlich-Sozialen

G.S.-Paris, Mitte Januar

Der Landesauschuß der volksrepublikanischen Bewegung (MRP), der in diesen Tagen zusammentrat, brachte die Bestätigung für die Krise, von der eine Partei geschüttelt wird, deren Zukunft unmittelbar nach Kriegsende manchen glänzend und anderen verheißungsvoll erschien. Im Gegensatz zur CDU in Deutschland und zu den Christlich-Sozialen in Italien vermittelte der MRP nach Kriegsende den Eindruck, mit der katholisch-konservativen Vergangenheit brechen zu wollen und den Versuch zu unternehmen, eine "soziale Volkspartei" zu werden. Dieser Versuch ist heute als gescheitert zu betrachten.

In den Jahren 1945-46 stand die Partei unter starkem Einfluß jener Elemente, die innerhalb der Widerstandsbewegung, in Zusammenarbeit mit den Sozialisten und Gewerkschaftern, zu der Auffassung gekommen waren, daß es galt, sich vom sozialen Konservatismus abzuwenden, sich den "Volksmassen" zuzuwenden und ein kühnes Sozialprogramm zu vertreten. Die christlichen Gewerkschaftler, die ebenfalls gewillt waren, mit einer "gelben" Vergangenheit zu brechen, beeinflussten diese Tendenz in starkem Maße und standen innerhalb des MRP an der Spitze jener, die ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm, die Errichtung einer "sauberen" Republik und die Abkehr von der "Reaktion" forderten.

Die eigentlich konservativen Elemente, die bestrebt waren, dem MRP ein "solid-bürgerliches" Gewand zu geben, befanden sich zu jener Zeit klar in der Minderheit, ließen sich kaum vernehmen und warteten ihre Zeit ab. Diese Zeit ist gekommen. Der letzte Landeskongreß hat in völlig unzweideutiger Weise gegen die "linken" Elemente Stellung genommen und diese Haltung durch den Ausschluß des Abgeordneten André Denis bestätigt, der innerhalb des MRP, bei der christlichen Arbeiterjugend und bei den christlichen Gewerkschaften als der Bannerträger des "christlichen Sozialismus" angesehen wurde.

Der jetzt begonnene Bruch im MRP hatte sich in den Jahren 1949-50 angebahnt, als große Teile der bürgerlich-konservativen Wähler die

13. Januar 1954

Partei "Überschwemmen", während die kleinbürgerlichen und Arbeiterwähler zu den Sozialisten übergingen oder in die Passivität verfielen. Damit vollzog sich ein sozialer Wandel im Gefüge des MRP, dessen sozialer Inhalt konservativ wurde: Ob sie wollte oder nicht, mußte die Parteiführung diesem sozialen Strukturwandel Rechnung tragen und eine entsprechende Orientierung nach rechts vornehmen. Von nun an - das kann jetzt eindeutig gesagt werden - ist die Möglichkeit eines "Linksblocks" in Frankreich, dessen Hauptträger die Sozialisten und Volksrepublikaner wären, in Frankreich erledigt. Andererseits jedoch wird die Neuorientierung des MRP zu einer politischen Umgruppierung auf der Linken führen. Insbesondere werden sich einige Abgeordnete mit André Denis solidarisieren, sich den Sozialisten annähern; weit wichtiger jedoch ist, daß der Hauptteil der christlichen Gewerkschafter, der die Sozialpolitik der Parteiführung mit wachsendem Mißbehagen verfolgte, von sich aus eine Annäherung an die sozialistischen Gewerkschafter vollziehen wird.

Handelt es sich bei den Ereignissen innerhalb des MRP um einen sozialen Bruch zwischen der konservativen und der christl.-sozialistischen Gefolgschaft, so hat ein anderes Problem bei der Entwicklung innerhalb des MRP eine nicht geringere Rolle gespielt: Während die konservative Parteiführung den Bruch mit den Sozialisten vor zwei Jahren offen provozierte, indem sie ein Gesetz für die staatliche Unterstützung der privaten konfessionellen Schulen einbrachte (Gesetz, das mit Hilfe der gesamten Rechten angenommen wurde), hatte sich die gesamte Linke des MRP und die christlichen Gewerkschaften in ihrer Mehrheit gegen diese Initiative ausgesprochen. Diese Kreise vertreten die Auffassung, daß die "religiöse Frage" in Frankreich an Bedeutung verloren habe und der Parteiführung nur als Vorwand gelte, eng mit den Konservativen in Frankreich zusammenzuarbeiten. Es ist bezeichnend, daß auch die Sozialistische Partei in immer stärkerem Maße diesen Standpunkt vertritt und so ein großes Hindernis für die Zusammenarbeit mit den christlichen Gewerkschaften und linken MRP-Elementen beseitigt. In mehr oder minder ferner Zeit ist nach der Entscheidung der Landeskonferenz des MRP mit einem eindeutigen Abfall des offiziellen MRP nach rechts und einer klareren Zusammenarbeit der weltlichen und katholischen Linken zu rechnen.

Zusammenarbeit in der internationalen Arbeiterbewegung

In einem kürzlich in der Belgrader "Borba" erschienenen Artikel befaßte sich der erste Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, mit der Zusammenarbeit der verschiedenen, sich zu den Grundsätzen der Frankfurter Proklamation von 1951 bekennenden sozialistischen Parteien. Nach einem Hinweis auf die Freiwilligkeit der Zusammenarbeit der in den internationalen Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung vereinigten Parteien heißt es u.a.:

Die sozialistischen Parteien, die sich nach dem zweiten Weltkrieg zusammenfanden, sahen sich im Vergleich zu den Zwischenkriegsjahren einer völlig veränderten Situation gegenüber. Da war zunächst das Verhältnis zu den sozialistischen Parteien in den von der Sowjetunion kontrollierten europäischen Ländern. Die Sowjetunion war im zweiten Weltkrieg Bündnispartner der Westmächte im Kampf gegen Hitlerdeutschland geworden. Einige sozialistische Parteien hatten weitgesteckte Hoffnungen auf eine ehrliche Zusammenarbeit mit dem russischen kommunistischen System. Auf der anderen Seite war die einstmalige mächtige Sozialdemokratische Partei Deutschlands erst wieder im Aufbau begriffen. Sie fand sich in einem durch Besatzungsmächte zerteilten Land und mußte gleichzeitig den Kampf gegen die kommunistische Infiltration, gegen die Überreste der Nazi Herrschaft und gegen die soziale und wirtschaftliche Verelendung des Volkes führen.

Der zweite wesentliche Umstand war die enge Verflechtung der sozialistischen Parteien mit der nationalen Politik ihrer Länder. In der westlichen Welt waren sie in ihrer Mehrheit an den nationalen Regierungen beteiligt. Selbstverständlich steht das Eintreten für echte nationale Belange keineswegs im Widerspruch zu internationaler Gesinnung und Handlung, aber in den ersten Nachkriegsjahren haben verständlicherweise die scharfe Reaktion auf die bitteren Erfahrungen des Hitlerkrieges auch in den Entscheidungen der sozialistischen Parteien Europas eine Rolle gespielt.

Gleichberechtigung aller Partner

Der gesunde Zustand ist aber, daß eine wirklich fruchtbare internationale Zusammenarbeit erst dann möglich wird, wenn das Leben aller Völker nicht länger durch koloniale oder besatzungsrechtliche Maßnahmen beeinträchtigt wird, sondern sich frei entfalten kann. Erst die Respektierung der Souveränität jedes Landes macht den Weg frei für eine internationale Politik, die auf der Gleichberechtigung aller Partner beruht.

Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war es nach 1945 geradezu lebenswichtig, möglichst früh wieder in Verbindung mit der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung zu kommen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat von Anfang an größten Wert

darauf gelegt, sich aktiv an der Arbeit der Sozialistischen Internationale zu beteiligen und an ihrem Auf- und Ausbau mitzuwirken. Heute sind diese Nachkriegsschwierigkeiten überwunden.

Die Sozialistische Internationale wurde auf dem Internationalen Kongreß in Frankfurt im Jahre 1951 wieder gegründet und ihr gehören alle sozialistischen Parteien an. Damit ist der Weg frei geworden für die gemeinsame Erörterung und Lösung der gemeinsamen Probleme. Die Effektivität der internationalen Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien hängt von ihrer jeweiligen Stärke und ihrer Funktion im Staat ab. Je eher es den sozialistischen Parteien gelingt, in ihren Ländern Einfluß auf die Geschichte des Volkes durch Regierungsbeteiligung auszuüben, desto größeren Wert werden die gemeinsam gefaßten Beschlüsse der Sozialistischen Internationale bekommen. Darüber hinaus ist es notwendig, über die tagespolitischen Ziele hinweg eine gemeinsame ideologische Grundlage zu erarbeiten. Darin liegt die große Bedeutung der im Jahre 1951 auf dem Gründungskongreß der Sozialistischen Internationale erarbeiteten Prinzipienerklärung. Sie ist das Resultat ausgiebiger Diskussionen der sehr verschieden gearteten sozialistischen Parteien, und sie kann heute all denen dienen, die bereit sind, aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten zu lernen.

Marxismus kein Dogma

Wir unterscheiden uns als demokratische Sozialisten vom Bolschewismus sowohl in der Methode des Kampfes als auch in der Zielsetzung. Es ist eine unzulässige Vereinfachung und Verfälschung des Problems, wollte man diese Begrenzung mit den Begriffen: Hier Reformismus und dort dogmatischer Marxismus bezeichnen. Für viele europäische Sozialisten ist auch heute noch der Marxismus eine der Denkmethode, mit deren Hilfe es möglich ist, die gesellschaftliche Situation zu analysieren; aber er ist kein Dogma. Darüber hinaus ist die Feststellung, daß der Marxismus nicht das einzige ideologische Fundament sozialistischer Parteien sein kann, überhaupt erst die Voraussetzung für eine fruchtbare internationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien, deren Ursprung, Denkungsart und Politik durchaus verschieden sind. Es ist daher ein großer Fortschritt, daß man sich in Frankfurt zum ersten Mal auf eine Definition des demokratischen Sozialismus einigen konnte.

Die Schwäche der Sozialistischen Internationale in ihrer Einwirkung auf die praktische Politik besteht darin, daß die sozialistischer Parteien Europas in dieser Internationale zwar ein Instrument der ständigen Zusammenarbeit geschaffen haben, daß aber in einer Reihe von praktischen Fragen noch weiter Meinungsverschiedenheiten bestehen (Schuman-Plan, Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Europäische Politische Gemeinschaft usw.). Trotzdem kann festgestellt werden, daß auch bei der Behandlung dieser Fragenkomplexe in der Haltung zu zwei wichtigen Problemen Übereinstimmung erzielt werden konnte.

1. Auf dem letzten Kongreß der Sozialistischen Internationale in Stockholm im Juli 1953 kam es zu einem einstimmigen Beschluß, der die Notwendigkeit unterstrich, durch Vier-Mächte-Vorhandlungen zwischen den Westmächten und Sowjetrußland das Problem der deutschen Einheit zu erörtern und jeden Versuch zu unternehmen, durch derartige Verhandlungen zu einer Entspannung der Welt-situation beizutragen. Diese Forderung war seit langer Zeit das besondere Anliegen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, da nur auf dem Verhandlungsweg die Möglichkeit für die Wiedervereinigung Deutschlands besteht und nur durch die Beendigung der Spaltung Europas und der Welt der Rüstungswettlauf gestoppt werden kann. Was immer das Resultat der nächsten Vier-Mächte-Konferenz sein mag, so haben die Sozialisten aller Länder durch ihre wiederholten Forderungen nach einer derartigen Konferenz auch das ihrige getan, um einer friedlichen Lösung der internationalen Probleme den Weg zu ebnen.

2. In den spezifischen Fragen der europäischen Zusammenarbeit ist es die Auffassung aller europäischen sozialistischen Parteien, daß ein fruchtbarer ökonomischer und politischer Zusammenschluß Europas nur möglich ist auf der Basis der Gleichberechtigung aller Partner und unter Beteiligung aller europäischen Länder.

Lebensfrage für den demokratischen Sozialismus

Ein besonders wichtiges Problem ist schließlich noch die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien außerhalb Europas. Wir bedauern, daß es bisher noch nicht möglich gewesen ist, eine Reihe der größeren sozialistischen Parteien der asiatischen Länder zum Beitritt in die Internationale zu bewegen.

Die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in Europa und Asien in einer internationalen Organisation ist eine Lebensfrage für die internationale Arbeiterbewegung. Wir verkennen keineswegs die psychologischen und politischen Hemmungen unserer asiatischen Freunde, sich einer vorwiegend aus europäischen Parteien zusammengesetzten Körperschaft anzuschließen, in der außerdem maßgeblich Nationen vertreten sind, die noch zu den Kolonialmächten gehören. Die Aufgabe ist es, die Sozialisten Asiens davon zu überzeugen, daß gerade die der Sozialistischen Internationale angehörenden sozialistischen Parteien nicht mit der Politik ihrer Regierungen identifiziert werden können, sondern daß sie bereit sind, den Kampf für die Freiheit aller Völker und gegen alle Formen des Imperialismus und der Kolonialunterdrückung zu führen. Der freiheitliche und demokratische Sozialismus, so wie er in der Frankfurter Prinzipienklärung definiert wurde, ist die Basis für eine umfassende Internationale der sozialistischen Parteien aller Kontinente und Rassen.

+ + +

Ministerworte gelten nicht mehr

-ler. Das Hin und Her um die Verschleppung des Entschädigungs-Gesetzes für ehemalige Kriegsgefangene nimmt geradezu skandalöse Ausmaße an. Die Führung des Verbandes der Heimkehrer sieht sich kaum noch in der Lage, der Empörung unter ihren Mitgliedern Herr zu werden. In allen Kundgebungen kommt die grenzenlose Erbitterung der ehemaligen Kriegsgefangenen zum Ausdruck, nun erleben zu müssen, wie, entgegen allen feierlichen Versicherungen führender Bundesminister vor dem 6. September, der Rechtsanspruch auf Entschädigung immer mehr unter nicht stichhaltigen Gründen ausgehöhlt wird.

Wenn sich das Kabinett nicht noch in letzter Stunde zu dem seinerzeit vom ersten und später auch vom zweiten Bundestag beschlossenen Gesetz ohne Veränderung seines materiellen Inhaltes bekennt, dürfte Bonn, gewissermaßen als Auftakt zu der Berliner Konferenz, einen Aufmarsch von vielen Zehntausenden erbitterten, enttäuschten und ihr Recht suchenden Kriegsgefangenen erleben. Nichts ist bezeichnender für die Stimmung unter den ehemaligen Kriegsgefangenen als die von vielen erhobene Forderung, Heimkehrer-Tagungen mögen künftighin von Ministeransprachen verschont bleiben ...

Welchen Wert haben Zusagen von Bundesministern, wenn sie nach der Wahl nicht mehr gelten? Heute steht fest, daß die auch mit den Stimmen der Minister beschlossene Entschädigung lediglich ein Wahl-schlager für gewisse Regierungskreise war, daß der Bundeskanzler und sein Finanzminister in der Öffentlichkeit und auf Wahlversammlungen zwar die Verkündung des Gesetzes zusicherten, aber keinerlei praktische Schritte unternahmen, ihr Versprechen auch einzuhalten.

Eine zu kühne Behauptung? Die Tatsachen bestätigen sie.

So hat der Wahlredner Adenauer auf der Landeskonferenz des Heimkehrer-Verbandes von Nordrhein-Westfalen am 26. Juli 1953 in Gelsenkirchen erklärt:

"Die Besorgnisse des Bundesfinanzministers um die Währung des Bundes sind begründet. Das letzte Wort spricht aber nicht der Minister, sondern das Kabinett. Ich glaube sagen zu können, daß Befürchtungen nicht zutreffend sind. Der Verkündung des Gesetzes stehen keine Schwierigkeiten entgegen".

Und der Bundesfinanzminister? In Fürstentfeldbruck empfing der Wahlredner Schäffer am 4. September, zwei Tage vor der Wahl, eine Delegation von Heimkehrern. Sie stellte ihm drei Fragen:

1. Hat der Bundesfinanzminister für das Entschädigungsgesetz eine Deckungsvorlage ausgearbeitet?
2. Wird der Bundesfinanzminister diese Vorlage dem Parlament einbringen?
3. Umfaßt diese Vorlage den ganzen materiellen Umfang der im Gesetz vorgesehenen Entschädigung?

Alle drei Fragen beantwortete Schäffer mit einem klaren Ja, das durch eine Rundfunkmeldung noch bestätigt wurde. Ein paar Wochen vorher, am 8. August in Würzburg, hatte Schäffer zu einer skeptisch gewordenen Heimkehrer-Abordnung unter Zeugen gesagt: "Ja, was wollt Ihr eigentlich noch, Ihr habt doch Euer Entschädigungsgesetz!" Noch am 4. Dezember versicherte Schäffer bei einem neuerlichen Vorstoß des Bundesvorsitzenden der Heimkehrer, daß er zu seinen früheren Zusagen stehe. Die Deckung der Vorlage werde durch eine Erhöhung der Kaffee- und Teesteuer erfolgen ...

Alle diese Worte, Zusagen, feierlichen Beteuerungen waren also, und die Heimkehrer erkennen das sehr genau, in den Wind gesprochen. Sie galten dem Stimmzettel und der Täuschung von hunderttausenden von Menschen, die durch ihre Entbehrungen in der Kriegsgefangenschaft stellvertretend für das ganze Volk litten. Kein Wunder, wenn sich Heimkehrer Ministerreden verbitten.